

Deutschland.

Berlin, 13. Oktober. Die Konferenz der Rheinischerstaaten wegen Revision der Rheinschiffahrtsakte ist gestern in Mannheim eröffnet worden. Die Regierung der Niederlande, welche sich den Anforderungen der übrigen Rheinischerstaaten bei den Vorverhandlungen in gewissen Punkten entgegenstellte, hat sich denselben schließlich angeschlossen, so daß zur Eröffnung der Konferenz geschritten werden konnte. Es darf vorausgesetzt werden, daß die Verhandlungen der Konferenz nimmere einen schnellen Verlauf nehmen werden. Als preussischer Kommissarius wohnt den Verhandlungen der Ministerial-Direktor im Handelsministerium, Moser, bei. Die Rheinschiffahrts-Konferenz, welche bis vor einigen Tagen in Mannheim versammelt war, ist nicht mit dieser Konferenz zu verwechseln. Dieselbe tritt in gewissen Zwischenräumen zusammen und hat die Aufgabe, die Rheinschiffahrt betreffenden Gegenstände in Betrachtung zu nehmen. Der diesseitige Bevollmächtigte bei dieser Konferenz war der Geh. Reg.-Rath Herzog im Handelsministerium, der vor einigen Tagen hierher zurückgekehrt ist. — Zur Zeit verhandelt die Postverwaltung des norddeutschen Bundes mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika wegen Einführung von Post-Anweisungen behufs Verbindungen zwischen den beiden Postgebieten. Der Bremer Lloyd hat sich bereit erklärt, für den Fall, daß eine Verständigung erzielt wird, die Vermittlung der Postanweisungen zu übernehmen. — Die vom Hisinger Hof unterstützten Blätter befolgen bekanntlich die Taktik, einen Krieg als nahe bevorstehend darzustellen. Sie schmeicheln sich mit einer Einmischung des Auslandes behufs Wiedereinsetzung der deposedierten Fürsten und wollen diese die Zeit hierfür so nahe bevorstehend als möglich erscheinen lassen, um den Muth ihrer Anhänger aufrecht zu erhalten. Jetzt wo die Besorgnis vor einem Konflikt mit Frankreich auch aus den Köpfen der Aengstlichsten verschwunden ist, haben die Hisinger Blätter eine neue Gefahr und zwar darin entdeckt, daß sich Italien seit der Katastrophe in Spanien eng an Frankreich angeschlossen hat. Jedenfalls ist eine desfallsige gemeinsame Parole ausgegeben worden, denn sämtliche Welsen-Blätter haben diese Nachricht gleichzeitig mitgetheilt. Diese neueste Entdeckung der Welsen-Blätter steht aber offenbar im Widerspruch mit der Haltung Italiens Frankreich gegenüber, noch mehr aber im Gegensatz mit den Interessen Italiens, die daselbst keineswegs auf eine engere Verbindung mit Frankreich hinweisen, so daß die ganze Sache eine weitere Widerlegung nicht nothwendig macht. — Die liberale Presse beschäftigt sich neuerdings wieder mannigfach mit dem die Redefreiheit betreffenden Artikel 84 der preussischen Verfassung und stellt einen abermaligen Antrag der liberalen Partei auf Deklaration desselben in der nächsten Session in Aussicht. Was die Absicht der Staatsregierung in dieser Hinsicht ist, darüber ist nichts Näheres bekannt. Wenn indessen ein Berliner Korrespondent der „Magdeb. Ztg.“ bemerkt, der Justizminister habe es in der letzten Landtagsession vermieden, sich über diese Angelegenheit zu äußern und deshalb als selbstverständlich voraussetzt, daß dieselbe wie alle (?) gewiegten Rechtsgelehrten die Verfolgung eines Abgeordneten wegen seiner Kammerreden durch die Verfassung für ausgeschlossen hält, so ist doch darauf hinzuweisen, daß diese und andere interessirte Lobredner des Justizministers hier zu weit gehen. Der Justizminister hat sich allerdings in der letzten Landtagsession und zwar im Herrenhause dahin geäußert, daß es bei Erledigung des Streitpunktes keineswegs allein auf das Ergebnis der juristischen Auslegung ankomme, sondern dabei noch ganz andere Gesichtspunkte in Betracht zu ziehen seien. Der erste Satz des Artikels böte unstreitig große Schwierigkeiten für die juristische Auslegung dar und es ließen sich für die eine oder die andere Ansicht gewichtige Gründe anführen. Ich meine, schloß der Justizminister, darf Bedermann, mag er sich für die eine oder die andere Ansicht erklären, die Voraussetzung in Anspruch nehmen, daß, im guten Glauben verfahren zu sein. Was das Verhalten des Justizministers bei der Anstellung von Beamten in seinem Ressort betrifft, so steht sich die „Magd. Ztg.“ jetzt genöthigt, ihren früheren Interpretationen über eine eingetretene Veränderung der im Justizministerium vorherrschenden Verwaltungsgrundsätze corrigierend entgegenzutreten. Die jetzige Darlegung der „Magd. Ztg.“ dürfte zutreffender wie die frühere sein, denn es war gewagt, zu behaupten, daß der Justizminister von dem Gesichtspunkte ausgehe, es seien bei der Besetzung von Nichterstellen die politischen Gesinnungen der Betreffenden nicht in Betracht zu ziehen. Allerdings liegt auf der Hand, daß jetzt in dieser Hinsicht eine mildere Praxis, als sie zur Zeit des Konflikts war, eingetreten ist; allein dieselbe beschränkt sich nicht bloß auf das Ressort des Justizministeriums, sondern sie hängt mit der im Herbst 1866 vollzogenen Verjöhnung und mit der von den Parteien eingenommenen veränderten Stellung zusammen und hat sich u. A. auch im Departement des Ministeriums des Innern in der Frage der Bestätigung

der Kommunalbeamten geltend gemacht. Erst noch a diesen Tagen wieder ist auf Anordnung des Ministers des Innern die Bestätigung eines entschiedenen Fortschrittmannes und früheren Abgeordneten für ein höheres Kommunalamt erfolgt. — Es ist angeordnet worden, daß der Bezirk Meisenheim, nachdem derselbe zur Rheinprovinz und zwar zum Regierungs-Bizirk Koblenz geschlagen worden, für sich einen eigenen Kreis bildet. Gegen die Einverleibung des Bezirks in einem rheinischen Kreis hatten sich die rheinischen Provinzialstände ausgesprochen.

Berlin, 14. Oktober. Se. Maj. der König wohnte, wie aus Baden-Baden gemeldet wird, am Sonntag Vormittags dem Gottesdienste in der evangelischen Kirche bei, ertheilte hierauf Audienz und machte vor dem Diner eine Ausfahrt. Am Montag Vormittags hatte das Civil-Kabinet und der Geheime Rath Bort Bortrag.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind einer aus Darmstadt hier eingegangenen Nachricht zufolge im besten Wohlsein mit den Kindern Prinzessin Victoria und Prinz Waldemar am Großherzoglichen Hof zum Besuch eingetroffen. Die Kronprinzlichen Kinder, Prinz Wilhelm und Heinrich und Prinzessin Charlotte werden vorläufig noch einige Zeit im Neuen Palais zu Potsdam bleiben.

Die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin wurde gestern bei der Ankunft auf dem Hamburger Bahnhofe von dem Prinzen (Albrecht) und den Herzoglichen Herrschaften empfangen und nach Schloß Bellevue geleitet. Abends erschien die hohe Frau in der Theatergesellschaft im Schlosse Sanssouci.

Die neueste Nummer des Centralblattes für die gesammte Unterrichts-Verwaltung in Preußen bringt eine interessante Uebersicht über die im Ersjahre 1867 bis 1869 eingestellten Mannschaften mit Rücksicht auf ihre Schulbildung. Auf dem Gebiet der alten Monarchie nehmen in dieser Beziehung Berlin, die Rheinlande und Sachsen den Ehrenplatz ein. Dagegen stehen diejenigen Provinzen weit zurück, in welchen das slavische Element einen wesentlichen Bestandtheil der Bevölkerung bildet, also Posen, Preußen und Schlesien wegen des Mangelns an Schulbildung. Für die neu erworbenen Landestheile legt die Uebersichtliste ein sehr günstiges Zeugniß ab, sowohl für die Altherzogthümer, als für Hannover, Hessen und den Bezirk Nassau-Frankfurt, welcher den geringsten Prozentsatz an Mannschaften mit fehlender Schulbildung nachweist. Für die hochholsteinischen Lande ist dieser Satz durch das in diesem Falle glückliche Nullzeichen ausgedrückt.

Schon der Hauptetat für die Marineverwaltung für das Jahr 1869 hat auf die Nothwendigkeit hingewiesen, die Vorbereitungen zu treffen, um mit dem Bau der Panzerschiffe im Inlande vorgehen zu können und die nöthige Unabhängigkeit vom Auslande zu erzielen und der inländischen Eisenindustrie zu Hülfe zu kommen. Damals war nur die Anlage von Hellingen an der Kieler Bucht in Aussicht genommen. Aber die Ueberzeugung, daß die Unabhängigkeit von dem Auslande in Allem, was zur Herstellung der Kriegsstotte erforderlich, unentbehrlich ist, scheint, wie die „Weser-Ztg.“ meldet, auch die Bedenken beseitigt zu haben, welche gegen den Beginn von Schiffbauten an der Jade geltend gemacht wurden, ehe noch die Hafengebäude vollendet seien. Mit dem kommenden Frühjahr sollen die Schiffbauten an der Jade in Angriff genommen werden. Es liegt diesem Beschlusse der ausgesprochene Wille zu Grunde, daß a. e. Schiffe für die Kriegsstotte, auch die Panzerschiffe, von der Marineverwaltung selbst zu bauen seien. Ausland hat damit begonnen, den Bau der Schiffe im Auslande zu verbieten. Der norddeutsche Bund kommt ohne Ueberstürzung, aber auch ohne die kostspieligen Erfahrungen Rußlands zu demselben Ziele. An Erfahrungen freilich wird es auch uns nicht fehlen, aber sie werden von geringerer Opfer auferlegen, wenn, was freilich nicht im Voraus behauptet werden kann, die weitere Entwicklung unserer Kriegsstotte auf der bisherigen Basis für Schiffskonstruktion u. s. w. erfolgen kann. Nachdem die Frage der Marine-Artillerie zu Gunsten der einheimischen Industrie gelöst ist, wird sich die Marine-Verwaltung zunächst der weiteren zuwenden, betreffend die Beschaffung der Platten für Panzerschiffe. Die von uns mehrfach erwähnten, am 6. ds. Monats stattgehabten Versuche mit Panzerplatten haben nun ergeben, daß 7zöllige Platten aus der Fabrik des Grafen Henkel v. Donnermarkt selbst dem 72-Pfünder alter Konstruktion nicht widerstanden, während dagegen eine Platte von derselben Dicke aus der Fabrik von Cammell u. Co. in Sheffield (allerdings 3 Zoll Stahl und 4 Zoll Eisen) sogar dem 96-Pfünder Widerstand leistete. Wenn wir uns recht erinnern, hat Graf Henkel v. Donnermarkt, dessen Eisenwerke bekanntlich auf österreichischem Boden liegen, schon vor längerer Zeit das Anerbieten gestellt, ein Walzwerk zur Fabrikation von Eisenplatten für Panzerschiffe auf preussischem Boden anzulegen. Ähnliche Anerbieten sind von Krupp

und wohl auch von Borsig gemacht worden. Es will uns nur scheinen, daß es mit solchen Anerbietungen nicht gethan ist. Anstatt sich zu beklagen, daß die Marine solchen Anerbietungen nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenke, sollte man sich entschließen, mit Probeleistungen zu debütiren. Es ist eine schöne Sache um die Unabhängigkeit vom Auslande; dieselbe wird aber nicht dadurch erlangt, daß man in diesem Falle z. B. die Beschaffung der Panzerplatten einheimischen Fabrikanten überträgt, ehe dieselben den Beweis geführt haben, daß ihre Fabrikate den ausländischen ebenbürtig sind.

Frankfurt a. M., 13. Oktober. Die Liquidations-Kommission zur Regelung der Ansprüche an das bewegliche Eigenthum der vormaligen Bundesfestungen, welche im vorigen Jahre nach Erledigung der Ansprüche von Oesterreich, Luxemburg und Limburg ihre Geschäfte geschlossen hatte, wird zur Regelung der Verhältnisse des in Gemeinschaft verbliebenen und von den Inhabern verwalteten beweglichen Vermögens der vormaligen Bundesfestungen demnächst wieder zusammengetreten. Die drei süddeutschen Regierungen haben sich über ein gemeinsames Vorgehen in dieser Angelegenheit geeinigt.

Heidelberg, 13. Oktober. Der Provinzial-Landtag wählte in seiner heutigen Sitzung Comité's für die Diätenfrage und Prüfung der Petitionen. Probst Hiesfeldt beantragte die Bewilligung eines Provinzial-Fonds für die Altherzogthümer.

Bremen, 10. Oktober. Der Gewerbe- und Industrie-Verein hat gestern einstimmig beschlossen, daß es wünschenswerth wäre, wenn mit Ausnahme der Altstadt-Bremen das Landgebiet am linken Weserufer in die Zolllinie aufgenommen werden könnte. Die herrschende Idee ist dabei, daß jenseits des neustädtischen Stadtgrabens und längs der Weser oberhalb und unterhalb Fabriken sollen angelegt werden können, ohne den Nothstoffvorräthen u. s. w. der Stadt allzu fern zu sein, und ohne im Fall eines Eintritts von ganz Bremen völlig entwerthet zu werden. Betrieben wird die Sache vorzüglich im Interesse der Cigaren-Industrie, deren hier noch zurückgebliebener Nest — die Hauptmasse ist bekanntlich schon seit 1854 nach Hemelingen übergesiedelt — die Schranke des hohen Zolls unumgänglich trägt. Sowohl die Unternehmer als die Arbeiter dieses Faches werben für den Gedanken. Der Gewerbe- und Industrie-Verein, das Hauptquartier der ehemaligen Zünftler, scheint sich in zwei Parteien zu spalten: eine, welche ohne Rücksicht auf die Gefährdung des Zwischenhandels Eintritt von ganz Bremen in die Zolllinie will, und eine zweite, der diese Frage noch nicht reif, der Werth eines theilweisen Anschlusses aber problematisch erscheint, wenn man auch nicht geradezu dagegen ist. Ob die Sache nun weiter in die Gewerbekammer, oder gar in die Bürgerchaft und an den Senat gebracht werden wird, ist abzuwarten.

Bremerhaven, 12. Oktober. Die „Germania“ (bekanntlich das Schiff der Nordpol-Expedition) wurde gestern und heute viel vom Publikum besucht. Sie liegt im neuen Hafen, nach dem Eisenbahnhafen. Es ist ein kleines, aber schönes Fahrzeug, ein Schiff, nicht größer wie ein großer Weserfahn, das doch, geführt von tüchtigen Seeleuten auf der höchsten überhaupt erreichten nördlichen Breite (von 81 5' n. Br. und ca. 16 östlicher Länge) war. Rundum und besonders am Steven ist es vom Eise hart mitgenommen, aber im Ganzen hat sich das kleine Schiff in der Eisfahrt recht gut bewährt.

München, 11. Oktober. Für die bevorstehende Zollparlaments-Wiederwahl des Grafen Lurberg wird von clerikaler Seite der — harmlose — Sohn des Expräsidenten von Zu-Rhein in Würzburg als Gegenkandidat aufgestellt. „Der Gewinn, den die Partei hierdurch erhalte, ist jedenfalls nicht groß. Mit solchen Kandidaten hält sie das vollende Rad der Zeit nicht auf“, meinen die hiesigen „Neuesten Nachr.“

Zu den vielfachen, auf das sanatische Treiben der Geistlichkeit ein bezeichnendes Licht werfenden Verurtheilungen der jüngsten Zeit gehört u. A. die eines Pfarrers wegen Ehrenkränkung eines Halbbauern, welcher sich die liberale „Abendzeitung“ hielt. Von der Kanzel herab hatte der Geistliche den Zeitungleser „einen gemeinen Hundskel, Viehkel und schwarze Hundeseule“ genannt. Andererseits scheint auch von vielen Geistlichen das alles Maß überschreitende Gebahren der clerikalen Propaganda schwer genug empfunden zu werden. Die Redaktion des „Augsb. Anz.-Bl.“ sagt zur Bestätigung dessen u. A.: „Wir erhielten in den letzten Wochen Briefe von mehr als dreißig katholischen Geistlichen, die laut ihrem Unmuth aussprachen über das sanatische Parteitreiben und den Mißbrauch der Religion.“

Ausland.

Wien, 13. Oktober. Dem „Tageblatt“ zufolge bereitet Febr. v. Beust über die letzten Vorgänge in Böhmen und die von der Regierung getroffenen Maßregeln ein Rundschreiben an die Vertreter Oester-

reichs im Auslande vor. Der cisleithanische Finanzminister hat jetzt die Bandirection von den bekannten Abmachungen mit dem ungarischen Finanzministerium amtlich in Kenntniß gesetzt.

Wien, 13. Oktober. Das „Tageblatt“ theilt mit, das französische Kriegsministerium bewerkstelligt durch ein Konsortium großartige Ankäufe von Schlachtvieh, Pferden und Leder in Oesterreich, ein Bevollmächtigter des Konsortiums sei gegenwärtig in Wien anwesend.

Die „Wiener „Abendpost““ meldet: Auf die von der Vertretung Oesterreichs in Bukarest anlässlich der Galazer Jubelreife behufs Wahrung der Interessen der österreichischen Unterthanen geschickten Schritte hat sich der rumänische Minister des Innern persönlich nach Galatz begeben und den dortigen Polizeipräsidenten, sowie den Chef der Nationalgarde ihrer Aemter entbunden. Auch wurden sofortige Abschätzung und Vergütung des österreichischen Unterthanen zugefügten Schadens zugesichert.

Prag, 12. Oktober. Gestern ist J.-M.-L. v. Koller von Wien aus hier eingetroffen, um, da auch der kommandirende General Fürst Montenuovo pensionirt werden wird, die Funktionen eines Civil- und Militär-Gouverneurs von Böhmen zu übernehmen; derselbe hat die Stathalterwohnung bezogen. Die Räte der Stathalterei wurden vom Vice-Präsidenten Febr. v. Hemmer vorgestellt; der Bürgermeister Dr. Klauy erschien gleichfalls zur Audienz, wurde jedoch „wegen Geschäftsüberhäufung“ nicht vorgelassen. Dagegen wurde derselbe heute vorgelassen, um wegen der gestrigen Haltung des Volkes dem Militär gegenüber harten Tadel zu empfangen; im Wiederholungsfalle wurde der Gebrauch der Waffen angedroht. Die heute ausgegebenen geschäftlichen Blätter warnen daher die Bevölkerung vor Konflikten mit dem Militär. Heute war folgende Proklamation der J.-M.-L. v. Koller an den Straßenecken angeschlagen:

An die Bewohner der Königl. Hauptstadt Prag und des ganzen Königreichs Böhmen! Von Sr. Maj. dem Kaiser und König zum Leiter der Stathalterei in Prag berufen, trete ich dieses Amt im vollen Bewußtsein meiner Rechte und Pflichten und der auf mir lastenden Verantwortlichkeit, aber auch mit dem kräftigsten Vertrauen auf den anständigen und loyalen Sinn der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung der Hauptstadt und des ganzen Landes an.

Seit längerer Zeit anhaltend und eifrig genährte Agitationen gegen die bestehenden Staatsgrundgesetze und gegen die Regierung Sr. Majestät haben nach und nach, von einer fanatischen Presse aufgefeuert, unter Mißbrauch des verfassungsmäßigen Vereins- und Versammlungsrechtes, in der Hauptstadt des Landes und in ihrer nächsten Umgebung zu Ausschreitungen der bedenklichsten Art geführt, bei welchen sich unverkennlich Aufwieglerthaten zeigen. Die öffentliche Ruhe und Ordnung wurden wiederholt und in immer steigender Weise gestört, die persönliche Sicherheit wurde vielfach bedroht und auch wirklich verletzt; das Eigenthum friedlicher Bürger wurde von zusammengetriebenen Volksmassen mißachtet; der öffentlichen Autorität wurde mit Hohn begegnet und es bedurfte des Einschreitens der bewaffneten Macht, um dem Geseze für den Augenblick Geltung zu verschaffen, wobei nur durch die schonende Ruhe dieser Macht, obwohl sie verhöhnt und durch Steinwürfe verletzt wurde, Blutvergießen vermieden worden ist. Untrügliche Anzeichen der mannigfachen Art deuten jedoch darauf hin, daß der Sinn für Gesez und Ordnung noch nicht überall zurückgeführt ist und daß unter dem Schutze des verfassungsmäßigen Versammlungsrechtes beabsichtigte Volksanhäufungen zur Wiederholung von Vorgängen benutzt werden wollen, wie sie jüngst die ruhigen Bewohner der Hauptstadt mit Schrecken und Besorgniß erfüllten. Alle diese Thatfachen haben es der Regierung Sr. Majestät zur unabweislichen Pflicht gemacht, im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und zum Schutze der Person und des Eigenthums diejenigen verfassungsmäßigen Rechte, deren Mißbrauch zu gefährlichen Ausschreitungen geführt hat, in der Hauptstadt Prag und in deren nächster Umgebung, welche der Schauplatz jener beklagenswerthen Vorgänge waren, zeitweise in ihrer Wirksamkeit zu beschränken.

Mit der Aufgabe betraut, ruhige, geordnete und gesezmäßige Zustände wieder herzustellen, werde ich jeder beabsichtigten oder wirklich eingetretenen Störung mit allem Nachdrucke und mit allem mir zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten und dabei namentlich die Verfäher scharf im Auge behalten. So wie ich aber hierbei auf die thatkräftige Unterstützung aller wohlgesinnten und verfassungstreuen Mitbürger zähle, so werde ich auch nicht anstehen, der gewaltthätigen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nöthigenfalls mit der vollen Gewalt der Waffen zu begegnen, indem ich die schwere Verantwortung für alle freventlich heraufbeschworenen Folgen auf diejenigen wälze, die mich zu diesem äußersten Schritte nöthigen sollten.

Die rasche Wiederherstellung der ungestörten Aus-

